„Johannis ist sehr einsam“

Die Politikwissenschaftlerin GABRIELA MANEA *zu den anhaltenden Protesten in Rumänien*

Rumänien kommt an diesen Wintertagen nicht zur Ruhe. In Bukarest und anderen Großstädten des Landes demonstrieren Zehntausende gegen die Regierung. Die aus Rumänien stammende Freiburger Politikwissenschaftlerin Gabriela Manea erklärt die Ursachen der Proteste.

Mit den Flaggen der EU und der klassischen Demokratien – Frankreich und USA – demonstrieren in Rumänien Zehntausende gegen die von Sozialdemokraten geführte Regierung. FOTO: DPA

Ihr Heimatland, Frau Manea, ist in Aufruhr. Was treibt die Menschen zu Zehntausenden auf die Straßen?

Teile der Bevölkerung, überwiegend junge Menschen und solche mittleren Alters, protestieren gegen die Regierung, gebildet von Sozialdemokraten (PSD) und den Liberalen (ALDE), die sich von der klassischen Nationalliberalen Partei abgespaltet haben. Diese Regierungskoalition hat per Eilverordnung versucht, dem Antikorruptionsgesetz seine Schärfe zu nehmen. Einiges, was bislang laut Gesetz als Korruption galt, soll künftig nicht mehr als Straftat angesehen werden, anderes milder bestraft werden. Das neue Dekret käme prominenten Politikern beider Regierungsparteien zugute, die in der Vergangenheit wegen Korruption zu Bewährungsstrafen verurteilt worden waren und nun eine Amnestie genießen würden.

Es gibt Beobachter, die die Demonstrationen mit der großen Erhebung von 1989 in Rumänien vergleichen und von einer „Samtenen Revolution“ sprechen. Ist dieser Vergleich zulässig?

Auf keinen Fall. Die Revolution vollzog sich 1989, sie brachte Rumänien einen radikalen System- und Kurswechsel. Heute haben wir eine starke Reaktion darauf, dass die im Dezember gewählte Regierung etwas grundlegend falsch macht. Sie will rechtsstaatliche Reformen, die Rumänien im Zuge des EU-Beitritts vollzogen hat, zurücknehmen. Die Demonstranten stört auch die Art und Weise, wie die Regierung das macht – ohne politische Diskussion und Kompromiss mit den anderen politischen Parteien und der Zivilgesellschaft. Die Reformen im rumänischen Justizwesen, für die Rumänien in den EU-Berichten kontinuierlich gelobt wird, hatte einst die Justizministerin Monica Macovei eingeleitet. Sie war keine typische Parteipolitikerin, sondern eine Vertreterin der rumänischen Zivilgesellschaft. Es geht somit weniger um ein ideologisches Problem: Die Zivilgesellschaft ist aber nicht mehr bereit, den typischen PSD-Regierungsstil zu akzeptieren. Dieser wird von der Devise beherrscht, wenn man an der Macht sei, müsse man daraus Vorteile ziehen.

Wer die derzeit zahlreichen Artikel in der deutschen Presse zu den Ereignissen in Rumänien liest, wird mit der These konfrontiert, dieses Land sei seit vielen Jahren von Bestechung und Korruption „imprägniert“.

Ich weigere mich, die Korruption als ein rumänisches Mentalitätsproblem zu sehen. Auch die sogenannte „historische Erklärung“, sie sei ein Überbleibsel aus der Zeit des Osmanischen Reiches und der Fanarioten-Herrschaft im 19. Jahrhundert, lehne ich ab. Das kommunistische Rumänien war Ende der 70er und während der 80er Jahre ein „failed state“, verwahrlost und ohne geeignete Institutionen. Das meiste, was während der letzten Jahre des Ceausescu-Regimes produziert worden war, wurde exportiert, der innere Konsum war minimal. Das zwang die Bevölkerung zu einem Überlebensmodus, der vom Staat nicht mehr gewährleistet war. Darin

„Ceausescu zwang die Rumänen zu einem Überlebensmodus, der die Korruption begünstigte“: Gabriela Manea. FOTO: ZVG

liegt der Ursprung der Korruptions-Phänomene, an denen Rumänien heute noch leidet.

Wie ist es zu erklären, dass die PSD als Nachfolgerin der untergegangenen Kommunistischen Partei knapp drei Jahrzehnte nach dem Ende des Kommunismus in Rumänien noch immer die Stärke hat, demokratische Wahlen zu gewinnen?

Man darf nicht vergessen, dass es während der 80er Jahre in Rumänien keine so ausgewiesene Gegnerschaft gegen das kommunistische Regime gab – wie beispielsweise die Dissidentenbewegung in der Tschechoslowakei oder die Opposition in Ungarn. Von der Solidarnosc-Bewegung in Polen gar nicht zu sprechen. In diesen Ländern vollzog sich die Revolution wie ein Prozess, in Rumänien hingegen kam es zu einer Eruption, während der binnen weniger Tage der Kommunismus verschwand. Die damals gebildete Front der Nationalen Rettung (FSN), die sich auf alte Parteikader mit politischer und administrativer Erfahrung stützte, verkaufte sich als die Kraft, die dem Kommunismus und dem Ceausescu-Regime ein Ende gemacht hatte. Der FSN besaß 1990 einen gewaltigen Vorteil gegenüber den sich damals neu gründenden schwachen „historischen Parteien“ aus der Zwischenkriegszeit. Aus dem FSN entstand die PSD, die es mit geschickter Propaganda verstand, die anderen Parteien zu diskreditieren: Diese wären „bourgeois“ und Diener ausländischer Interessen.

Wenn man Wahlergebnisse in Rumänien analysiert, drängt sich auf: Die PSD, gegen die die Menschen auf die Straße gehen, hat heute ihre Hochburgen in den östlichen Provinzen Rumäniens und vor allem auf dem Land. Warum?

Dort, wo das Bildungsniveau der Bevölkerung niedriger ist, greift die einfache soziale Rhetorik der PSD, die sich als Anwalt der armen und kleinen Leute darstellt. In Rumänien gab es nach 1990 ethnische Spannungen, der PSD ist es gelungen, zu suggerieren, sie sei die politische Kraft, die diese am besten in den Griff bekommt. Dabei pflegt sie einen nationalistischen Diskurs und betont die rumänische Identität. Das Verhältnis zu Russland wird in Rumänien seit jeher als problematisch gesehen, auch die Furcht vor dem großen östlichen Nachbarn konnte die PSD für sich nutzen, weil sie suggerierte, das Verhältnis zu Moskau am besten managen zu können. Hinzu kommt: Vor den letzten Wahlen hatten viele nicht damit gerechnet, dass die PSD die Antikorruptionsgesetzgebung verändert. Sie hatte einen vernünftigen Wahlkampf mit gedämpften Tönen geführt. Den einstigen Parteiführer, den polarisierenden Victor Ponta, hatte inzwischen der mehr vermittelnde Liviu Dragnea abgelöst. Aber er ist wegen Korruption vorbestraft, das neue Dekret käme ihm zugute.

Welche Rolle spielt der bürgerlich-liberale Staatspräsident Klaus Johannis in dieser Krise?

Er wirkt sehr einsam in seinem Präsidentenpalast. Ihm fehlt der politische Rückhalt in weiten Teilen der rumänischen Gesellschaft. Seinen überraschenden Wahlsieg 2014 verdankt er der Ablehnung des damaligen PSD-Kandidaten Victor Ponta durch große Teile der Wählerschaft. In der aktuellen Krise hat sich Johannis wie ein zivilgesellschaftlicher Aktivist verhalten und darauf hingewiesen, dass die Gesellschaft es selbst in der Hand hat, ob sie einen Regierungsstil akzeptiert oder nicht. Ansonsten sind seine innenpolitischen Kompetenzen sehr begrenzt, wie schon seinem Amtsvorgänger Basescu droht ihm das PSD-dominierte Parlament mit einem Amtsenthebungsverfahren.

Was müsste eigentlich in Rumänien passieren, damit man sagen könnte, die Demonstranten seien als Sieger aus der aktuellen Krise hervorgegangen?

Die Zivilgesellschaft wird nicht in drei Tagen in Rumänien triumphieren. Es ist ein Prozess. Die Regierung wird die Eilverordnung zurücknehmen und versuchen, ihre Politik auf dem parlamentarischen Weg durchzubringen. Aber der gesellschaftliche Widerstand hat ihren Spielraum verkleinert. Die PSD wird registrieren, dass es in Rumänien Kräfte gibt, die die demokratischen Spielregeln allmählich verinnerlichen und nicht mehr akzeptieren, wie eine Regierung sie leichtfertig aushebelt.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE TONI NACHBAR

ZUR PERSON

GABRIELA MANEA wurde in der südrumänischen Stadt Tirgoviste geboren. Sie hat Politik- und Sozialwissenschaften in Bukarest, Freiburg, Durban und New Delhi studiert. Manea hat über das Thema „Interregionale Menschenrechtsnormendiffusion in den EU-ASEAN (Südostasiatischen Staatenverbund) -Beziehungen und Asien-Europa-Treffen (ASEM)“ an der Universität Freiburg promoviert. Sie hat zudem ein von der Deutschen Stiftung für Friedensforschung gefördertes Forschungsprojekt zum Thema „Die Rolle der Parlamente in neuen Demokratien bei der demokratischen Reform und Kontrolle der Sicherheitskräfte. Eine Vergleichende Studie in Indonesien und Nigeria“ durchgeführt. Zur Zeit lehrt und forscht sie im Bereich der internationalen Politik an der Universität Freiburg. TN

Neu Bauernregeln erzürnen Landwirte

UMWELTMINISTERIN HENDRICKS *rudert zurück*

Seitdem Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) in einer Kampagne elf „neue Bauernregeln“ präsentiert hat, sind Bauern und Verbände empört über die „Pauschalangriffe auf die Landwirtschaft“. Auch in der Region gibt es Protest.

Werner Räpple, Präsident des Badisch Landwirtschaftlichen Hauptverbands (BLHV), forderte einen sofortigen Stopp der Kampagne. Die elf Bauernregeln seien „ein öffentlicher Tiefschlag, wie ich ihn den Jahrzehnten meiner ehrenamtlichen Tätigkeit noch nicht erlebt habe“, schreibt Räpple in einer Pressemitteilung. Mit ihrer „Diffamierung aller Landwirte“ schlage Hendricks zudem „eine tiefe Schneise zwischen Landwirtschaft und Naturschutz“.

Die Ministerin wollte mit Reimen wie „Steht das Schwein auf einem Bein, ist der Schweinstall zu klein“ oder „Steh'n im Stall zu viele Kühe, macht die Gülle mächtig Mühe“ auf die Missstände im Agrarsektor aufmerksam machen. Die Kampagne hat 1,6 Millionen Euro gekostet.

Auch der Bund Badischer Landjugend zeigte sich „schockiert“ über die neuen Bauernregeln. In einem offenen Brief an Barbara Hendricks heißt es, die Kampagne verursache „in der gesamten Landwirtschaft einen enormen Imageschaden“. Der Bund Badischer Landjugend forderte die Ministerin ebenfalls auf, die Aktion einzustellen.

Das hat Hendricks nach der massiven Kritik – auch aus den eigenen SPD-Reihen – inzwischen getan. Die Umweltministerin entschuldigte sich bei den Landwirten. Gleichwohl wies ein Sprecher des Ministeriums auf „die bleibende Bedeutung der Botschaft“ hin. Das Ministerium werde auf das Problem der Vereinbarkeit von Landwirtschaft mit Umwelt- und Tierschutz in den nächsten Tagen auf Großplakaten und anderen Wegen hinweisen, kündigte er an.

Bundesweit hatte die Kampagne unter anderem Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) und den Bauernverband erzürnt. Baden-Württembergs Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) forderte Barbara Hendricks sogar zum Rücktritt auf. DS

KURZ GEFASST

NEUES SC-STADION Ausgleichsflächen in Bremgarten

Für das neue SC-Stadion am Freiburger Flugplatz wird geschütztes Magerrasen zerstört und ein Lebensraum der „Braunfleckigen Beißschrecke“. Der ökologische Ausgleich hierfür soll rund 30 Kilometer entfernt erfolgen: im Gewerbepark Breisgau in Eschbach. Das hat die Stadtverwaltung in dieser Woche mitgeteilt. Sie hat sich mit dem Zweckverband „Gewerbepark Breisgau“ und der Betreibergesellschaft des interkommunalen Gewerbegebiets darauf geeinigt, dass ein Teil der Landebahn des früheren französischen Militärflughafens entsiegelt wird. Insgesamt geht es um 7,2 Hektar Fläche. Freiburg zahlt hierfür zwei Millionen Euro. Da es von Anfang an als schwierig galt, Ausgleichsflächen für das neue SC-Stadion zu finden, bezeichnete Baubürgermeister Martin Haag die jetzt gefundene Lösung als wichtigen Schritt für die Bebauungspläne. DS

FLÜCHTLINGE Wohnheim in Landwasser gestrichen

Das umstrittene Flüchtlingswohnheim in Freiburg-Landwasser wird nun doch nicht gebaut. Gegen das Projekt hatte es massive Proteste gegeben, bei einer Informationsveranstaltung im vergangenen Sommer kam es tumultartige Szenen, ausgelöst durch Aktive und Sympathisanten der rechtspopulistischen AfD. Dieser Druck von rechts sei aber nicht der Grund, weshalb die Stadtverwaltung den Standort gestrichen habe, betonte Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach gegenüber der *Badischen Zeitung*. Vielmehr werde die Unterkunft für 175 Flüchtlinge nicht mehr benötigt. Die bereits gerodete Fläche soll aber nicht ungenutzt bleiben: Stattdessen möchte das Rathaus dort Wohnungen errichten. Die bereits hergestellten Holzmodule für die Flüchtlingsunterkunft sollen alternativ im Stadtteil Littenweiler eingesetzt werden. DS

St. Ursula Schulen Hildastraße

Hildastraße 41, 79102 Freiburg
Tel 0761-88 85 00 30
www.st-ursula-schulen.de

- Ernährungswissenschaftliches Gymnasium
- Sozial- und gesundheitswissenschaftliches Gymnasium
- Mädchenrealschule mit Hort

Tag der offenen Tür 17. Februar 2017 15:00 – 18:00

Infoabend 14.03.2017 18:00 Uhr

Eine Schule der Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg